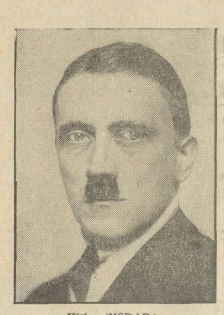
Zweites Blatt

Nebraer Anzeiger

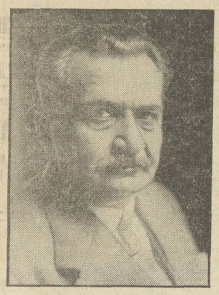
Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Sauer in Roßleben.

№ 135 Donnerstag, den 10. November 1932 45. Jahrgang

Die Führer der größten Parteien.



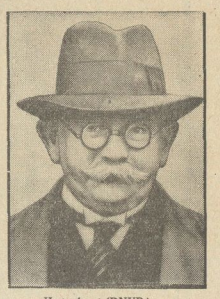
Hitler (NSDAP.).



Wels (SPD.).

Thälmann (KPD.).

Kaas (Ztr.).



Hugenberg (DNVP.).

Die lange Bank

Weltwirtschaftskonferenz erst im März?

Genf, 9. November.

Der Sachverständigenausschuß für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz hat den ersten Abschnitt seiner Arbeiten beendet. Die Sachverständigen werden wahrscheinlich nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, schon im Dezember wieder zusammentreten, um das Programm für die Weltwirtschaftskonferenz endgültig zu formulieren, sondern voraussichtlich erst im Januar. Die Festsetzung des endgültigen Datums der Konferenz wird erst im Januar erfolgen, wenn die Experten ihre Arbeiten endgültig abgeschlossen haben.

Während man bis jetzt annahm, daß die Weltwirtschaftskonferenz im Februar zusammentreten werde, ist man neuerdings der Meinung, daß ihre Einberufung nicht vor März erfolgen werde. Durch die Beratungen ist der Eindruck verstärkt worden, daß für eine positive Gestaltung der Weltwirtschaftskonferenz die Bereinigung des Problems der interalliierten Schulden eine weitere Voraussetzung ist. Im Zusammenhang damit steht die Frage der Stabilisierung der Währungen, die in den bisherigen Sachverständigenberatungen gerade wegen der Ungelöstheit des Schuldenproblems auf Schwierigkeiten gestoßen ist. Es besteht aber für niemanden hier ein Zweifel, daß die Weltwirtschaftskonferenz unter den denkbar ungünstigsten Auspizien zusammentreten würde, wenn bis dahin nicht durch eine wirksame und positive Förderung der Abrüstung das Vertrauen in der Welt wiedergewonnen wird.

Reise Dr. Trendelenburgs nach Berlin

Untergeneralsekretär Dr. Trendelenburg wird in den nächsten Tagen vorübergehend nach Berlin reisen, wo er vor seiner endgültigen Uebersiedlung nach Genf Besprechungen mit der Reichsregierung haben dürfte.

Die Uebernahme der obersten Leitung der Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkerbundssekretariats durch Trendelenburg, der seit der Weltwirtschaftskonferenz vom Jahre 1927 infolge seiner besonderen Kenntnisse der internationalen Wirtschaftszusammenhänge in internationalen Kreisen großes Ansehen genießt, wird allgemein begrüßt.

Dr. Trendelenburg hat in den letzten Tagen die Arbeiten des Sachverständigenausschusses zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz aufmerksam verfolgt.

In seiner neuen Stellung wird er neben dem stellvertretenden Generalsekretär Avenol maßgebenden Einfluß auf die weiteren Vorarbeiten für die künftige Weltwirtschaftskonferenz haben, soweit das Völkerbundssekretariat daran beteiligt ist.

SA-Verbot der Saarregierung

Saarbrücken, 9. November.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat beschlossen, sämtliche militärähnlichen Organisationen der NSDAP., insbesondere die Sturmabteilung (SA.), die Schutzstaffeln (SS.) und sonstige Einrichtungen einschließlich der SA.-Beobachter, SA.-Reserven, Motorstürme des nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, der nationalsozialistischen Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA.-Kasernen und der Zeugmeisterei mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Zur Begründung wird von der Regierungskommission mitgeteilt, daß in Saarbrücken ein Flugblatt der Nationalsozialisten verbreitet worden sei, das die Bevölkerung gegen die Polizeiorgane aufzuwiegeln versucht. Bei der Durchsuchung der Geschäftsräume der NSDAP. seien unwiderlegliche Beweise dafür gefunden worden, daß die erwähnten Organisationen der NSDAP. im Saargebiet eine Tätigkeit entfalten, die den Verordnungen der Saarregierung widersprechen.

Wieder voller Verkehr

Streik bei der BVG. abgebrochen.

Nachdem in der geheimen Zentral-Streikleitung der BVG. Unstimmigkeiten ausgebrochen waren, wurde allgemein die Parole ausgegeben, die Arbeit wieder restlos und bedingungslos aufzunehmen. Es meldeten sich soviel Arbeitswillige, daß völlig fahrplanmäßig der Betrieb wieder aufgenommen werden konnte, und zwar nicht nur bei der Straßenbahn und sämtlichen Autobuslinien, sondern auch bei der Untergrundbahn. Die Direktion der BVG. hofft, da genügend Personal zum Schichtwechsel vorhanden ist, den Betrieb auch in der Nacht durchführen zu können.

In den gefährlichen Außenbezirken werden die Straßenbahnlinien teilweise noch von Polizeibeamten bewacht sein, im Zentrum der Stadt jedoch und in den anderen dicht bewohnten Bezirken, in denen sowieso ein verstärkter Polizeistreifendienst besteht, hält man einen polizeilichen Schutz nicht mehr für nötig.

2500 Entlassungen bei der BVG.

Die Direktion der BVG. hatte in ihrem Aufruf das Fahr- und Werkstättenpersonal aufgefordert, die Arbeit am Freitag, bis 2 Uhr nachmittags, wieder aufzunehmen, widrigenfalls sich die betreffenden Angestellten als entlassen zu betrachten haben. Praktisch kamen dadurch rund 12 000 Personen in Frage. Die BVG. hatte bisher nur 1000 Mann entlassen, und zwar diejenigen, die sich durch Terrorakte und Bedrohung von Arbeitswilligen strafbar gemacht hatten. Jetzt hat die BVG. weiteren 1000 Fahrern und Schaffnern sowie 500 Arbeitern aus den Werkstätten ihre Entlassungspapiere zugestellt, so daß insgesamt also 2500 Mann der Belegschaft im Zusammenhang mit dem Streik entlassen wurden.

Eine Spur von „D 2017"?

Rotterdam, 9. November.

Das belgische Lotsenboot Nr. 14 hat in der Nähe des Feuerschiffes Maas ein Rad vom Fahrgestell eines Flugzeuges aufgefischt, das vermutlich von dem vor einer Woche über der Nordsee verunglückten und spurlos verschwundenen deutschen Postflugzeug D 2017 der Nachtpostlinie London—Berlin stammt. Der um das Rad befindliche Teil trägt die Kennzeichnung „Elektron Metall-G. m. b. H. Konstanz-Stuttgart. Typ 965/150."

Die Schuld der Susanne Mariski

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[6

Susanne war indessen durch die Dorfstraße gegangen, nicht dem Pfarrhause zu, sondern hinaus ins freie Feld. Dort ließ sie sich an einem Feldrain nieder, und ihre Augen glitten suchend in die Ferne. Der laue Wind fuhr ihr um die Schläfen; schwer dunstete die Erde, die neue Saat heraustreibend. An Sträuchern und Bäumen kam das erste junge Grün heraus.

Leise piepsten die Vögel aus den Zweigen. Sonst lag feierliche Stille über der ganzen Natur.

Ermüdet schloß Susanne die Augen, und sie konnte es nicht verhindern, daß unablässig Tränen daraus hervorquollen und auf die verschlungenen Hände niederfielen.

„Lieber Gott, sei doch barmherzig mit mir", betete sie leise vor sich hin. „Heilige Mutter Maria, lindere meine Qual, gib meinem kranken Herzen doch endlich Ruhe und Frieden."

Plötzlich schluchzte sie laut auf und barg ihr tränenüberströmtes Gesicht in den Händen. Lange saß sie so, regungslos. Endlich erhob sie sich.

Mit müden Schritten trat sie den Heimweg an. Als sie an dem kleinen Friedhof vorüberkam, trat sie ein. Langsam, in Gedanken versunken, ging sie durch die Gräberreihen. Und ihre Augen sahen im Licht der untergehenden Sonne zwei Gräber, fern und unerreichbar, in einem weiten Land, weit, weit fort. Zwei Gräber, die sie nie wieder sehen würde!

Stöhnend bedeckte sie die Augen mit ihren Händen. „Oh, meine Eltern — wenn ihr wüßtet..."

Erschreckt fuhr die Weinende auf und sah um sich. Dann sprang sie auf und ging weiter, langsam, dem Ausgang zu. Plötzlich blieb sie stehen, wie angewurzelt. Sie sah, daß sie zwischen den Kindergräbern stand. Entsetzt fuhr sie zurück. Hier war heiliges Land, sie durfte es nicht betreten.

Tief senkte sie ihr Haupt, als sie den Friedhof verließ, um ins Pfarrhaus zurückzukehren.

* * *

„Da kommt Susanne, Karl. Sie sieht recht blaß aus und ich bitte dich nochmals, ihr das alles so schonend wie möglich beizubringen. Glaub mir, es drückt mir fast das Herz ab, daß ich sie fortlassen soll."

„Ja, meine liebe Maria, ich verstehe deinen Kummer. Das Mädchen hat sich in dem einen Jahr, seitdem es bei uns weilt, auch in mein Herz hineingeschlichen. Ich kann mir das Pfarrhaus ohne ihr stilles Schalten und Walten kaum vorstellen. Sie ist so lieb und gut zu allen Menschen, so besorgt um die Kranken im Dorfe, so freundlich zu den Armen, daß es auch mir sehr, sehr schwer wird, sie gehen zu lassen.

Aber du mußt bedenken, Maria, daß Susanne jung ist, daß sie das Leben vor sich hat. Die Trauer um ihre Eltern — so schön sie ist — ist immer noch so groß, daß das junge Geschöpf daran zugrunde gehen muß, wenn man nichts dagegen tut. Soll ich mir später sagen müssen, daß ich es nicht recht mit ihr gemacht habe? Wir dürfen Susanne nicht hier behalten; sie muß unter Menschen kommen, muß allmählich die Trauer vergessen.

Du weißt selbst, Maria, daß Susanne sich mit Händen und Füßen dagegen wehrt, irgendwelche Mittel von uns anzunehmen; wahrscheinlich, weil sie weiß, daß wir selbst nicht allzuviel haben. So anerkennenswert das an und für sich ist, so sehr schmerzt mich der Gedanke, daß Susanne dadurch völlig mittellos in der Welt dastehen wird, wenn wir nicht mehr sind. Und später, wenn sie erst älter ist, würde es ihr viel schwerer fallen, anfangen zu müssen, ihr Brot bei fremden Leuten zu verdienen. Jetzt ist sie noch jung; sie kann sich an neue Verhältnisse gewöhnen und hat genug Zeit vor sich, sich etwas sparen zu können. Deshalb will ich ihr auch den Vorschlag machen..."

„Still, Karl, da ist sie."

Susanne trat gleich darauf ein und ging in ihrer stillen Art daran, den Tisch zu decken.

„Nun, Susanne, wie steht es drüben? Ist die Aussteuer bald fertig?"

„Ja, Fräulein Maria, in längstens zwei Tagen wird alles in Ordnung sein. Soll ich die Suppe bringen?"

Der Pfarrer räusperte sich.

„Einen Augenblick, Susanne. Kommen Sie doch bitte noch auf einen Moment zu uns herüber."

Susanne trat in die Fensternische, zu dem Pfarrer. Er saß im Lehnstuhl, seine Schwester lehnte hinter ihm und sah mit traurigen Augen auf das junge Mädchen, das mit ruhigem Gesicht wartete, was man ihm zu sagen hatte.

„Sehen Sie, Susanne", begann der Pfarrer, „meine Schwester und ich haben schon eine ganz hübsche Zahl von Jahren hinter uns, wenn wir uns auch keineswegs zu den Alten rechnen wollen. Sie haben vielleicht auch schon gesehen, daß es nicht allzu üppig bei uns hergeht, daß wir uns schlecht und recht durchschlagen. Sie wissen, daß wir Sie sehr gern haben, daß Sie so lange bei uns bleiben können, als Sie nur wollen.

Nur, wenn uns etwas Menschliches passiert, wenn wir beiden abgerufen werden, dann sind Sie wieder ganz allein in der Welt; dann ist niemand da, der sich um Sie kümmert. Die Gemeinde wird Sie, als Fremde, nicht unterstützen.

Darum habe ich mir Mühe gegeben, irgendwo etwas für Sie ausfindig zu machen, wo Sie nach menschlicher Voraussicht versorgt sein werden. Ich habe an die Gattin eines meiner Universitätsfreunde gedacht, die schon seit einigen Jahren Witwe ist und die allein auf dem Gute ihres Mannes lebt. Irma von Prachwitz ist lebenslustig, vergnügt und ein so lieber Mensch, daß Sie es sicher gut bei ihr haben werden. Ich hatte erfahren, daß sie eine Hilfe suchte, eine tüchtige Person, die ihr einen Teil der Arbeit abnimmt und die sie in ihren Hausfrauenpflichten unterstützt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321111-18/fragment/page=0001

Am 6. November 1932 gewählte Abgeordnete

nach der Parteizugehörigkeit und den Wahlvorschlägen entsprechend geordnet:

(Ohne Gewähr.)

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler).

Albrecht, Herbert, Dr.; Beckerle, Adolf-Heinz; Böhme, Hermann; Bergmann, Robert; Blankenmeyer, Johann; Bockenhauer, Arthur; Bögger, Wilhelm; Bohner, Heinrich; Bredow, Reinhard; Brückner, Helmuth; Bruisch, Paul; Bunge, Hans; Würtel, Josef; Corswent, Walter, von; Daßler, Herbert; Decker, Wilhelm, Dr.; Detten, Georg, von; Dietrich, Josef; Doll, Eduard; Dreher, Wilhelm; Ender, Herbert; Ernst, Karl; Fabricius, Hans, Dr.; Fiskusch, Max; Florian, Friedrich; Forster, Albert; Frank II, Hans, Dr.; Friedrich, Hans; Fründt, Theodor; Geburtig, Paul; Gockenjan, Heinrich; Gound, Heinrich; Haaer, Heinrich; Hanke, Karl; Hans, Claus; Hanke, Erich; Hahn, Hans; Heerde, Wilhelm; Heines, Edmund; Helmich, Fritz; Hergenrader, Adolf; Hergt, Otto; Heß, Arthur; Heuschneider, Michael; Hildebrandt, Friedrich; Himmler, Heinrich; Hinkel, Hans; Hinze, Kurt; Hoffmann, Paul, Dr.; Hofmann, Hans; Holdinghausen, Eugen; Holzmann, Arthur; Homann, Fritz; Huber, Ludwig; Hunke, Heinrich, Dr.; Albert, Heinrich; Jacke, Felix; Jagow, Dietrich, von; Jeckeln, Friedrich; Jenke, Ernst; Jensen, Conrad; Jobliß, Fritz; Jordan, Martin; Karpenstein, Wilhelm; Karwahne, Berthold; Kaiche, Siegfried; Kahmann, Ernst; Kaumann, Karl; Kern, Fritz; Klein, Fritz; Kellinger, Martin; Kaiser, von; Kirchheim, Max; Koch, Erich; Körner, Helmuth; Krebs, Wilhelm; Leistner, Albert; Lengemann, Fritz; Lenk, Georg; Ley, Robert, Dr.; Lenz, Karl; Linder, Karl; Litzmann, Karl; Loeper, Wilhelm; Loose, Heinrich; Lydin; Hans; Lüdtke, Kurt; Lutze, Viktor; Lybien, Max; Mannina, Waldemar; Matthießen, Martin; Meinberg, Wilhelm; Meinshausen, Hans, Dr.; Meyer, Alfred, Dr.; Michaelis, Rudolf; Mutschmann, Martin; Nieland, Hans, Dr.; Nöckelmann, Erwin; Oberländer, Theodor, Dr.; Obermann, Theodor; Otto, Egbert; Peppmüller, Friedrich; Pier, Ernst; Pillmayer, Franz; Florin, Eugen; Poppe, Karl; Prützmann, Hans-Adolf; Ramshorn, Hans; Reinhardt, Fritz; Reiter, Hans; Ringshausen, Friedrich; Roth, Robert; Röver, Carl; Ruckdeschel, Willi; Ruppy, Johannes; Rust, Bernhard; Schäfer, Johannes; Schaller, Richard; Scheunn, Hans; Zaikert, Ludwig; Schmeer, Wilhelm; Schmidt, Fritz; Schmidt, Paul; Schmidtduber, August; Schmidtsdorff, Adolf; Schneider, Hermann; Schönwälder, Josef; Schrader, Alexander; Schramm, Ferdinand; Schröder, Walter; Schroeder, Wilhelm; Schubert, Fritz; Schuhmann, Walter; Schulz, Robert; Schulze, Germann; Schwarz, Wilhelm; Schwarz, Werner; Seidler, Walter; Seltzner, Claus; Serber, Kurt; Seydel, Josef; Simon, Gustav; Sprenger, Jakob; Stbel, Heinrich, von; Stanner, Bruno; Stegmann, Wilhelm; Sieble, Wilzenz; Stiehler, Ernst; Streicher, Julius; Stürz, Emil; Teschow, Otto; Terboven, Josef; Thiele, Kurt; Thormählen, Adolf; Tiebel, Fritz; Triebel, Friedrich; Trübenbach, Oskar; Tschanner und Olten, Hans, von; Ulrich, Kurt, von; Veller, Willi; Vetter, Heinrich; Wagner, Ernst, Dr.; Wagner, Josef; Wagner, Richard, Dr; Wagner Robert; Wächter, Werner; Wanzenheim, Alexander, Freiherr von; Wehner, Kleland; Weidenhöfer, Georg; Weise, Theodor; Weihel, Fritz; Wetzel, Otto; Willikens, Werner; Wockay, Max; Wünning, Joachim; Zunkel, Gustav, Dr. phil.; Zörner, Ernst.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Agnes, Lore; Ansorge, Marie; Arzt, Arthur; Aufhäuser, Siegfried; Baade, Fritz, Dr.; Becker, Heinrich; Berahotz, Albert; Biedermann, Adolf; Bieser, Louis; Bohm-Schuch Clara; Böckler, Hans; Brandes, Alwin; Braun, Otto Dr. h. c.; Buchwitz, Otto; Daum, Robert; Tebrendorf, Gustav; Dietrich, Georg; Dill, Hans; Dobbert, Alfred; Ebert, Friedrich; Eggerstedt, Otto; Faust, Alfred; Felder, Josef; Fenl, Gustav; Fleißner, Hermann; Frölich, August; Gellert, Cornelius; Gerlach, Paul; Graf, Engelbert; Graupe, Georg; Grotewohl, Otto; Hartsch, Erwin; Heilmann, Ernst; Heinig, Kurt; Hensler, Fritz; Herz, Paul, Dr.; Hoegner, Wilhelm, Dr.; Höltermann, Karl; Hubbe, Erich; Hunlich, Oskar; Husemann, Fritz; Jaulschock, Alfred; Keisten, August; Kirschmann, Emil; Krüßig, Hermann; Kuhnt, Bernhard; Kunert, Karl; Künstler, Franz; Larsen, Friedrich; Leber, Julius, Dr.; Lipinski, Richard; Litke, Karl; Löbe, Paul; Löwenstein, Kurt, Dr.; Luft, Werner; Meier, Richard; Meß, Franz; Mierendorff, Karl, Dr.; Moltmann, Karl; Nemitz, Anna; Nowack, Friedrich; Paffedl, Otto; Peine, Friedrich; Peters, Franz; Pertsch, Franz; Pertsch, Richard; Pohle, Kurt; Pfülf, Toni; Pfülche, Friedrich; Reißner, Anton; Reumerle, Adam, Dr. h. c.; Reuter, Ernst; Richter, Max; Rißel, Heinrich; Roloff, Karl; Rothmann, Erich; Roth, Ernst; Saupe, Hugo; Sender, Toni; Severing, Karl; Zobelbemann, Philipp; Schäfer, Richard; Schmidt, Georg; Schnabrich, Michael; Schneppenhorst, Ernst; Schred, Karl; Schroeder, Louise; Schumacher, Kurt, Dr.; Schumann, Gustav; Schulz, Bertha; Seger, Gerhart; Stermann, Margarete; Soltmann, Fritz; Soltmann, Wilhelm; Spindt, Franz; Staudinger, Hans, Dr.; Stelling, Johannes; Stetter, David; Tempel, Hermann; Ulrich, Kurt; Ulrich, Fritz; Unterstetter, Hans; Vorde, Otto; Wagner, Friedrich; Wagner, Kurt; Wendemuth, Karl; Wissel, Rudolf, Dr.; Witte, Otto; Wurm, Mathilde; Zummert, Anna.

Kommunistische Partei Deutschlands.

Adler, Julius; Aagh, Willi; Ahlers, Marie; Albrecht, Paul; Augustat, Elise; Barthel, Karl; Becker, Arthur; Becker, Karl; Beimler, Hans; Benedum, Fritz; Berg, Romanus; Brandt, Ernst; Brentzel, Otto; Buchmann, Albert; Buß, Ernst; Chemnitz, Walter; Chwalek, Roman; Crenzburg, August; Dahlem, Franz; Daub, Philipp; Doll, Franz; Elgas, Karl; Emrich, Fritz; Fleischer, Helene; Florin, Wilhelm; Frank, Walter; Giesler, Paul; Grid, Hugo; Gerlach, Georg; Grube, Ernst; Hein, Wilhelm; Hennig, Rudolf; Herm, Max; Hauck, Christian; Himmler, Johanna; Hoernle, Fritz; Holzerseder, Michael; Hornick, Ernst; Hortelling, Gerhard; Jadasso, Anton; Jahn, Willi; Jäckel, Paul; Jürgemann, Reinhold; Kayser, Albert; Kessel, Franziska; Kippenberger, Hans; Kirsch, Helene; Körner, Olga; Koska, Willi; Leom, Willi; Lepke, Fritz; Maddalena, Maximilian; Meier, Job.; Miora, Joseph; Muhsel, Karl; Münzenberg, Willi; Rieke, Franz; Oettingdaus, Walter; Olbrysch, Karl; Overlach, Helene; Pfeiffer, Hans; Pincke, Wilhelm; Putz, Ernst; Rübel, Siegfried; Redlich, Paul; Reese, Marie; Schehr, John; Schiel, Otto; Schneller, Ernst; Schuldt, Hermann; Schulte, Fritz; Schumann, Georg; Schütz, Walter; Seltmann, Fritz; Stanim, Robert; Steinzer, Franz; Stropp, Otto; Thesen, Mathias; Thielen, Nikolaus; Torgler, Ernst; Timmermann, August; Uhrig, Pius; Ulrich, Elsa; Ulbricht, Walter; Vollert, Vogt, Arthur; Walter, Otto; Walter, Paul; Zeffin, Klara; Zinke, Lotte.

Deutsche Zentrumspartei.

Bayersdorfer, Michael, Dr.; Beck, Adalbert; Becker, Johannes; Bell, Hans, Dr. jur.; Bielefeld, Franz; Blum, Johannes; Bockius, Fritz, Dr.; Bolz, Dr.; Bornefeld-Ettmann, Franz; Deffauer, Friedrich, Dr.; Diez, Karl; Drees, Johannes, Dr.; Driesen, Helene; Ebrhardt, Franz; Ernst, Johann; Erting, Josef; Faust, Wilhelm; Farnd, Oskar; Fehrenbach, Heinrich; Fohr, Ernst, Dr.; Gerig, Otto; Gibert, Paul; Giesberts, Johannes; Groß, Johannes; Hackelsberger, Albert, Dr.; Hermes, Andreas, Dr.; Höver, August; Hofmann, Hermann; Hönerkes, Hubert; Imbusch, Heinrich; Joos, Josef; Kahns, Jakob; Kampchulte, Anton; Knoll, Wilhelm; Krone, Heinrich, Dr.; Münzebrock, August, Dr. phil.; Nesser, Mathias; Offenstein, Wilhelm, Dr.; Pradel, Joseph; Pfülliuns, Ludwig, Dr.; Reisponbeck, Erwin, Dr.; Riesenhuber, Franz; Scheiter, Rudolf, Dr.; Schlack, Peter; Schmidt, Heinrich; Schmitt, Josef, Dr.; Schnitzler, Ernst; Schreiber, Georg, Dr.; Schulte-Uhlenbruch, Heinrich; Schwarz, Jean; Tarsch, Christine; Tremmel, Peter; Ulitzka, Karl; Verhülsdonk, Eduard; Wages, Peter, Dr.; Weber, Helene; Wegmann, August; Weiser, Josef; Wernke, Brunislaus; Wieber, Franz; Wiedemeier, Franz; Zülken, Elisabeth.

Deutschnationale Volkspartei.

Agene, Dirk, Dr.; Arnim, Detlev, von; Baerwolff, Walter, Dr.; Bang, Paul, Dr. jur.; Bartenwerffer, Gustav, von; Bismarck, Herbert, von; Borchmeyer, Josef, Dr.; Doebring, Bruno, Dr.; Everling, Friedrich, Dr.; Freiwald-Loringhoven, Freiherr von, Dr.; Gok, Carl; Godacker, Hans, von; Greilmann, Walter; Hellwig, Kurt; Hesse, Oskar; Hintzmann, Ernst; Jaeger, Wilhelm; Kleiner, Fritz, Dr.; Koch, Wilhelm; Koch, Wilhelm, Dr. h. c.; Kuhnke, Karl; Lauerein, Wilhelm; Lehmann, Annegrete; Lent, Friedrich, Dr.; Ludwigs, Hans, von; Oberfohren, Ernst, Dr.; Quaaß, Reinhold, Dr.; Restorff, Horst, von; Schmidt, Otto; Schmidt, Wilhelm; Schorlemer, Karl, Frhr. von; Schulze-Stegen, Reinhardt; Siedler, Eduard, Dr.; Steinhoff, Werner; Tiling, Magdalene, D. von; Timm, Erich; Treviso, Tiko, von; Weber, Fritz, Dr.; Wiedemann, Albert; Wiendeck, Erich, Dr.; Wege, Kurt.

Bayerische Volkspartei.

Emminger, Erich; Graf, Otto, Dr.; Helmerich, Michael; Horlacher, Michael, Dr.; Herbert, Franz; Huth, Friedrich; Karpf, Hugo; Norbacher, Herbert; Loibl, Martin; Luadi zu Wehkradt und Isny, Eugen, Graf von; Pflieger, Franz, Dr.; Rauch Hans; Rothermel, Fridolin, Dr.; Schwarzer Rudolf; Simmer, Johann; Sturm, Josef; Trossmann, Karl.

Deutsche Volkspartei.

Mertens, Richard; Pfeffer, Friedrich, Dr. jur.; Schneider, Rudolph, Dr.; Stahlknecht, Dittmar Dr.

Deutsche Staatspartei.

Maier, Reinhold, Dr.

Christlich-Sozialer Volksdienst.

Schmidt, Albert; Simplendörfer, Wilhelm.

Deutsches Landvolk.

Abicht, Albert.

Deutsche Bauern-Partei.

Fehr, Anton, Dr.; Wiedl, Josef.

Württembergischer Bauern- u. Weingärtner-Bund.

Haag, Heinrich.

Deutsch-Hannoveraner.

Rolle, Friedrich.

Reichsliste:

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei: Buch, Walter; Darré, Richard; Epp, Franz, Ritter von; Feder, Gottfried; Frick, Wilhelm, Dr.; Funk, Walter; Goebels, Josef, Dr.; Göring, Hermann; Habicht, Theo; Hierl, Konstantin; Klagges, Dietrich; Münchmeier, Ludwig; Pfeffer, Franz, von; Reventlow, Ernst, Graf zu; Rosenberg, Alfred; Schulze-Naumburg, Paul, Dr.; Stöhr, Franz; Strasser, Georg; Wadel, Georg. — Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Breitscheid, Rudolf, Dr.; Crispien, Arthur; Dittmann, Wilhelm; Grothmann, Peter; Hilferding, Rudolf, Dr.; Juchacz, Marie; Landsberg, Otto; Marum, Ludwig, Dr. h. c.; Stampfer, Friedrich; Vogel, Johann; Wels, Otto. — Kommunistische Partei Deutschlands: Dahlem, Franz; Florin, Wilhelm; Heckert, Friedrich; Himmler, Johanna; Pieck, Wilhelm; Neumann, Heinz; Hermann; Schehr, Johann; Schulte, Fritz; Thälmann, Ernst; Ulbricht, Walter. — Deutsche Zentrumspartei: Brauns, Heinrich, Dr.; Brüning, Heinrich, Dr.; Esser, Thomas; Haas, Ludwig, Dr.; Klöcker, Florian, Dr. h. c.; Perrenboom, Else, Dr.; Stegerwald, Adam, Dr.; Wirth, Joseph, Dr. — Deutschnationale Volkspartei u. Deutsche Volkspartei: Everling, Friedrich Dr.; Graef, Walther; Hanemann, Alfred, Dr.; Hormann, Gustav; Hembel, Otto; Hugenberg, Alfred, Dr.; Hugo, Otto, Dr.; Krumb, Otto; Koch, Wilhelm Dr.; Lopemann, Dietrich; Mey, Else, Dr.; Möllers, Alfred; Schmidt, Erich, Dr.; Schmidt, Otto; Schröder, Ernst; Spahn, Martin, Dr.; Stauß, Emil, Dr., von; Tilling, Magdalene, D., von; Winnefeld, August. — Bayerische Volkspartei: Leicht, Johann. — Deutsche Staatspartei u. Wirtschaftspartei: Dietrich, Hermann; Heuß, Theodor, Dr.; Lemmer, Ernst. — Christlich-Sozialer Volksdienst: Bausch, Paul; Bauser, Adolf; Behrens, Franz, — Württembergischer Bauern- u. Weingärtnerbund: Schenk, Franz, Freiherr von.

Reichstagswahl vom 6. November 1932

Seit dem Jahre 1867 haben 18 Abgeordnete im Deutschen Reichstage die Präsidentenglocke geschwungen. Dabei kommt auf jeden eine Durchschnittszeit in der Führung dieses wichtigen Amtes von etwa dreieinhalb Jahren. Der Reihe nach fungierten folgende Abgeordnete als Präsidenten:

1. Eduard von Simson, 1879 auch erster Präsident des Reichsgerichts, vom 2. März 1867 bis 25. Juni 1873, nationalliberal,
2. Max von Forckenbeck, Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, vom 9. Februar 1874 bis 20. Mai 1879, nationalliberal,
3. D. Th. von Seydewitz, deutsch-konservativ, vom 22. Mai bis 12. Juli 1879,
4. August Graf von Arnim-Boitzenburg, Deutsche Reichspartei, vom 13. Februar 1880 bis 16. Februar 1881,
5. Gustav von Goßler, deutsch-konservativ, vom 17. Februar bis 15. Juni 1881,
6. Alb. von Levetzow, deutsch-konservativ, vom 19. November 1881 bis 28. Juni 1884,
7. Wilhelm von Wedell-Piesdorf, deutsch-konservativ, vom 22. November 1884 bis 26. Juni 1888,
8. Alb. von Levetzow, deutsch-konservativ (zum zweiten Male), vom 23. November 1888 bis 23. März 1895,
9. Freiherr von Buol-Berenberg, Zentrum, vom 27. März 1895 bis 6. Mai 1898,
10. Graf von Ballestrem, Zentrum, vom 7. Dezember 1898 bis 13. Dezember 1906,
11. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode, deutsch-konservativ, vom 20. Februar 1907 bis 19. Februar 1910,
12. Hans Graf von Schwerin-Löwitz, deutsch-konservativ, vom 1. März 1910 bis 5. Dezember 1912,
13. Dr. Peter Spahn, Oberlandesgerichts-Präsident, 1917–18 preußischer Justizminister, vom 9. bis 11. Februar 1912, Zentrum,
14. Dr. Joh. Kaempf, Präsident der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, vom 11. Februar 1912 bis 25. Mai 1918, Fortschrittspartei,
15. Konstantin Fehrenbach, späterer Reichskanzler, vom 8. Juni 1918 bis zur Revolution, Zentrum, (Verfassunggebende Nationalversammlung: Dr. Eduard David, Sozialdemokrat, vom 7. bis 14. Februar 1919, — dann Fehrenbach bis 1920, — dann Paul Löbe, Sozialdemokrat, bis 1924.)
16. Wallraf, Staatsminister, deutsch-national, vom 28. Mai 1924 bis 7. Januar 1925,
17. Paul Löbe, Sozialdemokrat, vom 7. Januar 1925 bis zur Reichstagsauflösung bzw. Neuwahl vom 31. Juli bzw. 12. September 1932,
18. Wilhelm Göring, Fliegerhauptmann a. D., welcher nur den zwei Tagungen des am 31. Juli 1932 gewählten und am 12. September 1932 aufgelösten Reichstages präsidierte, Nationalsozialist.

*

Die Zahl der Abgeordneten zum Deutschen Reichstag

und seinen Vorläufern (Norddeutscher Bund und Zollparlament) betrug:

Norddeutscher Bund 1867	293	Mitglieder
Zollparlament 1868	363	„
Deutscher Reichstag 1871	388	„
„ 1874 bis zur Revolution 1918 jeweils . . .	397	„
Nationalversammlung 1919 . . .	425	„
Reichstag der Republik 1920 . . .	466	„
„ „ „ 1924 . . .	471	„
„ „ „ 1928 . . .	491	„
„ „ „ 1930 . . .	577	„
„ „ „ 1932 . . .	608	„

*

Was kostete der am 31. Juli 1932 gewählte und am 12. September aufgelöste Reichstag?

Die Diäten für die Abgeordneten im Deutschen Reichstag betragen 600 RM. im Monat. Sie werden von dem Tage ab bezahlt, der der Eröffnung des Parlaments vorausgeht. Außerdem erhalten die Abgeordneten, die in Ausschüssen tätig sind, Tagegelder, es sei denn, daß am gleichen Tage auch eine Reichstags- und Landtagssitzung stattfindet. In diesem Falle unterbleibt die Zahlung von Tagegeldern, da die Abgeordneten sowieso an der Sitzung des Plenums teilnehmen müßten. Die Höhe der Tagegelder ist verschieden. Im Durchschnitt werden sie 10 RM. betragen. Damit nicht genug. Die Reichstagsabgeordneten erhalten auf der Reichsbahn freie Fahrt zweiter Klasse nach allen Richtungen. Das bekommt der Reichstag nicht etwa geschenkt. Es muß für die am 31. Juli 1932 gewählten 608 Abgeordneten erforderlichen 608 Freifahrtkarten eine Pauschale an die Reichsbahn gezahlt werden. Diese ist sehr erheblich angesichts der großen Zahl der Abgeordneten.

Der am 31. Juli 1932 gewählte und am 12. September wieder aufgelöste Reichstag hat nur in zwei Plenarversammlungen getagt. Ueber die Auszahlungen verlautet: 608 Abgeordnete haben seit dem 29. August dieses Jahres Diäten bezogen, und zwar für die drei Tage im August je 60 RM. Vom September ab liefen die monatlichen Vorauszahlungen in Höhe von 600 RM. Sämtliche Abgeordneten erhalten diese Diäten bis zum Tage der Neuwahlen.

Die Mitglieder des Reichstagspräsidiums und die Mitglieder der beiden verfassungsmäßigen Ausschüsse, nämlich des sogenannten Ueberwachungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses erhalten die Diäten bis zum Zusammentritt des Reichstages.

Die Reichstagsfahrkarte hat noch Gültigkeit acht Tage nach der Wahl.

Auf Grund dieser Berechnung belaufen sich die Kosten des letzten Reichstages allein an Diäten auf rund 750 000 RM. Dazu kommen noch die sachlichen Kosten, so daß angenommen werden kann, daß der Reichstag dem deutschen Volke ohne Wahlkosten rund eine Million RM. gekostet hat.

*

Die „Rote Mappe" des Reichskanzlers.

Bei der Reichstagsauflösung spielt die „Rote Mappe" eine große Rolle. Wenn der Reichskanzler mit ihr im Saale erscheint, dann weiß jeder Kundige, daß das letzte Stündlein des Parlaments geschlagen hat. Auch in der Schlußsitzung des Reichstages 1932 vom 12. September, des kurzlebigsten aller Reichstage, war das der Fall. Als Herr von Papen in den Saal trat und die rote Mappe auf seinen Platz niederlegte, schlugen die Wogen der Erregung hoch.

Nach alter Ueberlieferung waren die Auflösungsverordnungen in einer roten Mappe aufbewahrt.

Als Bismarck zum erstenmal einen Reichstag auflöste, trug er die Auflösungsverordnung in einer Mappe aus rotem Juchtenleder bei sich. Es ist nicht etwa immer dieselbe Mappe, die die Auflösungsverordnung enthält. Jedesmal ist es eine andere Mappe, aber sie trägt die gesetzverkündende rote Farbe. Bei der letzten Auflösung handelte es sich um eine einfache Aktenmappe aus Pappkarton mit rotem Papierüberzug.

*

Artikel 48

der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919.

Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. — Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. — Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen. — Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen. — Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321111-18/fragment/page=0002

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Mögling (vorm. Ww. Meitz), Markt 34/35
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 135 Donnerstag, den 10. November 1932 45. Jahrgang

Eine Rede des Reichskanzlers

Innenpolitik: nationale Konzentration —, Außenpolitik: Gleichberechtigung.

Berlin, 9. November.

Auf einem Frühstück des Vereins der ausländischen Presse hielt Reichskanzler von Papen eine Rede, der wir folgende Abschnitte entnehmen:

Eine erfreuliche Zunahme des Verständnisses für die Regierungsarbeit ist festzustellen. Keine Partei wird noch Berechtigung zu der Annahme haben, daß sie die Alleinherrschaft in Deutschland ausüben kann.

Dagegen glaube ich die Hoffnung hegen zu dürfen, daß es nunmehr zu einer wirklichen nationalen Konzentration kommt.

Möge die erfreuliche Einigkeit, die das deutsche Volk heute in den großen Fragen der auswärtigen Politik durch alle Parteien hindurch beseelt, jetzt auch der Führung der Gesamtpolitik die notwendige breite Grundlage schaffen! **Personenfragen spielen hierbei — ich habe es schon immer betont — keine Rolle.** Die sachlichen Ziele der Regierung, die Sie kennen, werden unverändert verfolgt werden. Unsere Lage als Mittelland Europas und unsere geschichtliche Entwicklung hat uns einen unerschöpflichen Reichtum kultureller Gestaltung in den verschiedenen deutschen Stämmen und Ländern verschert, dessen Pflege und Förderung die große Aufgabe der deutschen Kulturpolitik sein muß. Aber nach außen stellt sie uns ebenso zwingend vor das Problem kultureller und politischer Selbstbehauptung. Die lange Reihe der Interventionen der Siegermächte, welche den deutschen Regierungen immer neue Demütigungen zumuteten, trägt ein großes Maß von Schuld an der allgemeinen Radikalisierung und der Verschärfung der innerpolitischen Lage. Aus diesem geschichtlichen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik ergibt sich für das deutsche Volk die schicksalhafte Aufgabe, eine Gestalt für seine Staatsführung zu finden, welche den dauernden Notwendigkeiten seiner Lage in Mitteleuropa und den besonderen Schwierigkeiten seiner heutigen Situation in gleicher Weise entspricht.

Demokratie und Autorität.

Die erste Vorbedingung hierzu ist die Wiederherstellung der vollen Hoheit des Staates und die Einrichtung einer stetigen, machtvollen Regierungsgewalt. Eine solche autoritäre Staatsführung, meine Herren, steht nicht im Widerspruch zu dem Grundsatz der Demokratie, der wie in vielen Staaten der Welt auch die Grundlage unserer Verfassung bildet. Demokratie und Autorität sind keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen.

In unserem deutschen Reichspräsidenten hat sich die Wahl durch die Mehrheit des Volkes, also ein Akt unmittelbarer Demokratie, mit der geschichtlichen Autorität seiner Person vereinigt. Damit ist der ruhende Pol geschaffen, von dem aus auch die verschiedenartigsten Bewegungen unseres politischen Lebens gemeistert werden können. Den Entscheidungen, die von hier ausgehen werden, können wir mit Vertrauen und Zuversicht entgegensehen. Deutschlands auswärtige Politik seit dem Kriege ist stets darauf gerichtet gewesen, die Anerkennung jener für das Leben der deutschen Nation elementaren Bedingungen durchzusetzen.

Gleichberechtigung und Selbstbestimmung.

Wir verlangen die Gewährung der gleichen Rechte, die für alle anderen gelten, nicht als eine Gnade oder eine Wohltat sondern als unseren unverzichtbaren Anspruch. Es muß das Ziel nicht allein der deutschen sondern der europäischen Politik sein, die Bestimmungen, die durch Zwang auferlegt wurden, durch Lösungen zu ersetzen, die dem freien Ermessen aller Beteiligten entspringen.

Unser Weg wird der Weg friedlicher Verständigung sein. Wir haben diesen Weg in Locarno beschritten und in Lausanne fortgesetzt, und wir werden ihn weiter gehen, um jenen großen Grundsätzen, auf die vertrauend wir 1918 die Waffen niederlegten, die Herrschaft über Europa zu verschaffen.

Ursachen der Krise.

Die Weltwirtschaftskrise hat den katastrophalen Charakter nur annehmen können, weil die internationale Verschuldung und die Hemmnisse des Warenverkehrs sich gegenseitig in ihren krisenhaften Wirkungen steigerten.

Unter diesem Gesichtspunkt kann die Aufgabe und Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenz nicht hoch und entscheidend genug für eine weitere Erholung der Wirtschaftslage der Welt eingeschätzt werden. Dieser Verantwortung müssen sich die führenden Staatsmänner bewußt sein. Ich zweifle nicht, daß hierdurch der Wirtschaft ein neuer Auftrieb gegeben werden würde,

aber die letzten Gründe für die Wirtschaft, für ihr Auf und Ab, ihr Gedeihen oder Schrumpfen liegen schließlich nicht im Wirtschaftlichen, sondern im Politischen.

Und so komme ich auf das zurück, was ich vorhin ausführte. Niemals wird die europäische Wirtschaft zur Ruhe kommen, niemals wird sie die für ihr Gedeihen sicheren Grundlagen erhalten, wenn nicht die einige und friedliche Völkergemeinschaft Wirklichkeit wird, die ich als das Endziel der deutschen Politik bezeichnet habe, und niemals wird dieses Endziel erreicht werden, wenn nicht die großen Grundsätze der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf allen Gebieten anerkannt und durchgeführt werden.

Herriots Plan.

Sie würden enttäuscht sein, wenn ich mich heute nicht zu dem neuen französischen Plan zur Sicherheit und Abrüstung äußerte.

Aber ich kann dazu heute nur wenig sagen, und es kann sich hierbei nur um erste Eindrücke handeln, denn bisher ist über diesen Plan zu wenig bekannt. Der französische Plan setzt anscheinend voraus, daß alle europäischen Festlandstaaten gleichartige Heere erhalten. Das erscheint vom deutschen Standpunkt aus durchaus diskutabel. Wir haben zurzeit eine Heeresverfassung, die uns durch Diktat aufgezwungen wurde, und führen Klage darüber, daß unsere Soldaten nicht mit denen anderer Länder gleichwertig sind, weil sie nicht die gleiche Bewaffnung wie diese führen dürfen.

Es ist unbestreitbar, daß, wenn es gelingt, allen Heeren den Charakter reiner Defensivmittel zu geben, wir einen entscheidenden Schritt in der moralischen Abrüstung und Befriedung der Welt vorwärts gekommen sein werden.

Nur durch gleiches Wehrsystem mit gleicher Bewaffnung, deren Potential der Länge und Verwundbarkeit der Grenzen, wie der Zahl der Nachbarn angepaßt sein muß, läßt sich auch gleiche Sicherheit für alle Völker erzielen.

Gleichheit in Recht und Sicherheit.

Die deutsche Regierung, die den Frieden wünscht, weil sie wie keine andere Nation der Welt der Segnungen des Friedens bedarf, stellt ihre Politik unter den Gesichtspunkt wirklicher, allgemeiner Abrüstung. Sie wird jede Maßnahme begrüßen, welche die Defensivkraft im Gegensatz zur Angriffskraft stärkt, und Deutschlands Anspruch auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit verwirklicht. Aber wir werden nicht an einer Abrüstungskonvention mitarbeiten, so lange wir nicht wissen, ob sie in ihrem ganzen Umfange für uns selbst Geltung haben soll.

Keine Kursänderung

In einem Interview mit dem Chefredakteur der Transocean-Nachrichtendienste gab der Reichskanzler von Papen seiner unverminderten Zuversicht hinsichtlich der durch den Wahlausfall geschaffenen Lage Ausdruck, indem er erklärte: „Abgesehen von gewissen parteipolitischen Kräfteverschiebungen, die mehr oder weniger den Erwartungen entsprechen, ist die Lage nur wenig verändert.

Ich betrachte die Verschiebungen nicht als ausreichenden Grund, den Kurs zu ändern, den die Regierung unbeirrbar gesteuert hat, seit ich das Amt übernahm.

Das Kabinett wird, gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten vor allem am Grundsatz der Ueberparteilichkeit festhalten und sich weiter vorwiegend der Aufrechterhaltung der Ordnung, der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Wohlstandes und der Achtung vor dem Gesetz widmen.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik

wird es seine Aufgabe in der Verwirklichung der wohlbegründeten Ansprüche Deutschlands auf fair play, sowie in der Förderung des Friedens und der Abrüstung sehen.

Ich kann nur die Hoffnung ausdrücken, daß sich im neuen Reichstag eine genügende Anzahl von Männern finden möge, die von dem gleichen Wunsche beseelt und bereit sind, an diesen Aufgaben wirksam und einmütig mitzuarbeiten."

Auf die Frage, wie sich nach seiner Ansicht die parlamentarische Lage weiter entwickeln werde, erklärte der Reichskanzler:

„Das wichtigste Ergebnis der Wahl besteht darin, daß die Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum unmöglich ist ohne die Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei.

Möglichkeit gemeinsamer Arbeit

Ziffernmäßig ist natürlich eine Mehrheit von Kommunisten und Nationalsozialisten vorhanden. Aber eine Koalition zwischen diesen beiden extremen Gruppen erscheint doch undenkbar. Es kann vielleicht gelegentlich bei bestimmten Fragen zu einem Bündnis zwischen den beiden Fraktionen kommen, das jedoch stets nur negativer, nie positiver Natur sein würde.

Vielleicht aber dürfte es doch möglich sein, eine Grundlage zu finden, auf der diejenigen Parteien, die für Gesetz, Ordnung und christliche Weltanschauung eintreten, sich zu gemeinsamer Arbeit vereinen können.

Diese Hoffnung stützt sich auf die Tatsache, daß die bürgerlichen Mittelparteien bei der Wahl gut abgeschnitten haben. Ich kann in dieser Beziehung nur wiederholen, was ich in meiner letzten Rundfunkrede sagte, nämlich, daß die Regierung gern bereit ist, ihre Hand jedem einzelnen und jeder Parteigruppe zu reichen, die guten Willens ist, loyal mit uns an der Lösung der nationalen Aufgaben mitzuarbeiten."

Mandatsänderungen

Ein nationalsozialistischer Abgeordneter mehr.

Berlin, 9. November.

Der Kreiswahlleiter des Wahlkreises 26 (Franken) hat dem Reichswahlleiter ein berichtigtes Ergebnis gemeldet, das um 51 981 gültige Stimmen höher ist als das zuerst gemeldete. Der Anteil der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei an dieser Stimmenzahl beträgt 18 882.

Die Berichtigung wirkt sich dahin aus, daß der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein weiteres Mandat auf ihrer Reichsliste zufällt. Die Gesamtzahl ihrer Abgeordneten beträgt nunmehr 196; der Reichstag umfaßt damit insgesamt 583 Abgeordnete.

20 Abgeordnete der BVP.

Nachdem nunmehr die auf die Wirtschaftspartei auch im Reiche entfallenen und in den außerbayrischen Wahlkreisen unverbrauchten Reststimmen dieser Partei genau zu übersehen sind, die der Reichsliste der Bayrischen Volkspartei in ihrer Gesamtheit zugute kommen, ergibt sich für die Bayrische Volkspartei folgende Mandatsstärke: insgesamt aus bayrischen Stimmen 19 Abgeordnete. Hierzu treten jedoch die Reststimmen der Wirtschaftspartei aus sämtlichen Reichstagswahlkreisen mit 110 117 Stimmen, so daß sich weitere zwei Reichstagsmandate auf der Liste der Bayrischen Volkspartei ergeben, von denen das eine noch von der Bayrischen Volkspartei selbst zu besetzen ist.

Die Bayrische Volkspartei wird also mit 20 Abgeordneten im Reichstag vertreten sein. Das weitere auf der Reichsliste noch erreichte Mandat fällt jedoch auf Professor Bredt-Marburg von der Wirtschaftspartei, der auf der Reichsliste der BVP. an fünfter Stelle steht. Die Wirtschaftspartei wird demnach mit einem Abgeordneten im Reichstag vertreten sein.

Aufrufe Adolf Hitlers

In drei Aufrufen wendet sich Adolf Hitler an die Nationalsozialisten und die Parteigenossen, an die SA.- und SS.-Männer und an die Leiter der Parteiorganisation und -Propaganda.

In dem ersten dieser Aufrufe heißt es, daß ein gewaltiger Angriff gegen die Bewegung und die Rechte des deutschen Volkes abgeschlagen worden sei. Die Regierung von Papen habe eine vernichtende Niederlage erlitten. Die ihr verschriebene Deutschnationale Volkspartei und deren Anhänger umfaßten zusammen keine 10 Prozent des deutschen Volkes. 80 Prozent lehnten sie ab. Für die NSDAP. sei der Sinn des Ausgangs dieser Wahl klar: „Fortsetzung des Kampfes gegen dieses Regiment bis zur endgültigen Beseitigung. Keinerlei Kompromiß und kein Gedanke an irgendeine Verständigung mit diesen Elementen."

Die Industrie warnt

Mannheim, 9. November.

Das Präsidium des Verbandes südwestdeutscher Industrieller hielt eine Sitzung ab, in der es sich mit der Kontingentierungsfrage beschäftigte. Das Präsidium nahm eine Entschließung an, die an den Reichskanzler weitergeleitet werden soll. In dieser wird u. a. gesagt, daß die von der gesamten Industrie von Anfang an gehegten Befürchtungen wegen der landwirtschaftlichen Kontingentierungsmaßnahmen sich nunmehr klar als berechtigt erwiesen hätten.

Deutschland müsse ausführen, um einführen zu können,

[illegible] **dem Prinzip**
[illegible]rten Handels-
[illegible]auche, sei eine
[illegible]aft, womit sich
[illegible]führkontingen-
[illegible] lassen.

[illegible]n, daß der Ver-
[illegible]nteresse der von
[illegible]tschen Industrien
[illegible]eabsichtigten Ein-
[illegible] sondern auch die
[illegible]hten müsse, über
[illegible]ssen Badens und
[illegible]nicht unbedeuten-
[illegible] hinweggegangen,
[illegible]n wirtschaftlichen
[illegible]nten Abstand zu

[illegible]r Heimat

[illegible] 9. November.

[illegible]de der Deutschen
[illegible]ird nach seinem
[illegible]ot in Friedr-
[illegible]e erste Landung
[illegible]g und der würt-
[illegible]württembergischen

[illegible]in Flugzeug in
[illegible]sgangspunkt des
[illegible]g in Berlin wird in Anbetracht des unsicheren Novemberwetters abgesehen. Gronau wird von List aus mit seiner Besatzung nach Berlin reisen und hier

vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen

werden. Im Anschluß an diesen Empfang wird Reichsverkehrsminister Freiherr von Eltz-Rübenach zu Ehren der Weltflieger ein Frühstück in kleinem Kreise geben.

Am ersten Tage der Anwesenheit von Gronau in Berlin veranstaltet der Verein Berliner Presse einen Abend im Hause der Presse. Am nächsten Tage ist die Besatzung Gast des Aero-Club von Deutschland. Für einen der folgenden Tage ist ein öffentlicher Vortrag von Gronau vorgesehen, dessen Ertrag der Tschudi-Stiftung für in Not geratene Flieger zufließen soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219321111-18/fragment/page=0003